

Debatte über Bahnlärm

Bürgerschaft will Züge um Bremen herumleiten und mögliche Alternativstrecken prüfen

VON MATTHIAS LÜDECKE

Bremen. Dass viele Bremer extremen Belastungen durch Bahnlärm ausgesetzt sind – darin waren sich gestern alle Fraktionen in der Bremischen Bürgerschaft einig. Welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, darüber gingen die Meinungen jedoch zumindest teilweise auseinander.

Der Landtag debattierte gleich zwei Anträge zum Thema. Die rot-grüne Koalition sprach sich in ihrem Antrag unter anderem dafür aus, Alternativstrecken zu prüfen, um die Bremer Schienen zu entlasten. Auch soll der Senat sich weiterhin auf Bundesebene dafür einsetzen, dass der Ausbau des Schienenverkehrs von effektiven Lärmschutzmaßnahmen begleitet wird. So soll etwa alte – und laute – Bremstechnik umgerüstet werden.

Ein Antrag der Linken geht über die Forderungen noch hinaus und fordert beispielsweise einen Stopp des Ausbaus der Gleise im Hauptbahnhof. Der Koalitionsan-

trag wurde einstimmig angenommen, der Linken-Antrag abgelehnt.

Es sei den Menschen nicht zuzumuten, noch mehr Bahnlärm in Bremen zu ertragen, sagte der Linken-Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp. Ihm sei daher schleierhaft, wie man überhaupt habe sagen können, dass zusätzlicher Verkehr vom Jade-Weser-Port aus über Bremen fahren soll. Seine Fraktion spreche sich daher dafür aus, die Züge vom Wilhelmshavener Hafen aus in erster Linie über die Alternativstrecke Oldenburg-Cloppenburg-Osnabrück fahren zu lassen.

Diese Strecke jedoch, so erklärte der Grüne Ralph Saxe, könne den Verkehr gar nicht in vollem Umfang aufnehmen. Auch er betonte die schädlichen Wirkungen des Bahnlärms. Und auch er unterstrich, dass jeder Güterzug, der nicht durch Bremen fahre, ein guter Güterzug sei. Daher solle nun seriös geprüft werden, welche der möglichen Alternativstrecken für die Anwohner die größte Entlastung bringe. Wichtig

sei dabei auch der Dialog mit Niedersachsen. Dies unterstützte Staatsrat Wolfgang Golasowski: „Es steht Bremen als Oberzentrum gut an, das Gespräch mit den Umlandgemeinden zu führen.“

Saxe war sich mit dem SPD-Abgeordneten Wolfgang Jägers zudem darin einig, dass das effektivste Mittel zur Bekämpfung von Bahnlärm darin bestehe, bei den Verursachern anzusetzen – also den Waggons. Die Kosten dafür sollten die Bahnunternehmen tragen, erklärte Jägers. „Der Verursacher muss auch zahlen – das ist ein alter Grundsatz, den wir aber nach wie vor richtig finden“, sagte er. Nur im Notfall solle mit finanziellen Anreizen gearbeitet werden. Für solche Anreize auf europäischer Ebene – eine Art Abwrackprämie für alte Waggons – hatte zuvor Heiko Strohmann (CDU) plädiert. Saxe und Jägers kündigten zudem an, dass Bremen weiterhin Geld für den Lärmschutz von Anwohnern bereitstellen wolle. Ein Programm über 500 000 Euro hatte es bereits gegeben.